

Prof. Kurt Hager

# Wir haben gebauet ein stattliches Haus ...

Rede auf dem Wartburgtreffen der Jugend und Studenten am 14. Oktober 1967

Die demokratische Einheit Deutschlands, von der die besten Vertreter der Burschenschaft von 1817 träumten, für die in der Revolution von 1848/49 der von Karl Marx und Friedrich Engels begründete „Bund der Kommunisten“ und die revolutionären bürgerlichen Demokraten kämpften, für die August Bebel und Wilhelm Liebknecht von 1871 eintraten, die stets das Kampfbild der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war, kam nicht zustande.

Das Deutsche Reich entstand im Zeichen von „Blut und Eisen“, und es wurde, zum Verhängnis des deutschen Volkes, beherrscht und zugleich zerstört von den Kräften der Reaktion, der Großbourgeoisie und des Junkertums, des Imperialismus und Militarismus.

Als nach 1945, nach der Zerschlagung des Hitlerregimes, die historische Möglichkeit entstand, ganz Deutschland auf einer neuen, auf einer antifaschistisch-demokratischen Grundlage zu einen, waren es wieder diese Kräfte, die sich dem geschichtlichen Fortschritt entgegenstellten.

Sie sahen die Macht des Nazismus, des Militarismus und der Monopole auch in Westdeutschland ein für allemal zu brechen und das Potsdamer Abkommen durchzuführen, gaben diese Kräfte, repräsentiert durch die CDU Adenauers sowie durch rechte sozialdemokratische Führer und verbündet mit den USA, ganz bewußt dem Schritt für Schritt Deutschland zu spalten und diese Spaltung mehr und mehr zu vertiefen.

ständigen Wortlaut dieser bzw. ...samen Rede des Genossen Prof. Kurt Hager finden Sie im „Forum“ 20/67.

Sie wollten unter allen Umständen ihre Macht aufrechterhalten und den von ihnen beherrschten westdeutschen Staat zum Bollwerk der Bourgeoisie und des Antikommunismus ausbauen. Sie schlugen nach dem Scheitern der Bundesrepublik die von der Sowjetunion und der DDR gebotene Chance aus, einen Friedensvertrag vorzubereiten, weil sie verstanden wollten, daß ein einheitliches Deutschland entstand, das einen demokratischen und antifaschistischen Weg ginge.

Haben denn die herrschenden Kreise Westdeutschlands, die Herren Kiesinger, Wehner und wie sie alle heißen, nach all dem noch das geringste Recht, sich auf das Wort „Friede“ zu berufen und den Geist der deutschen Einheit zu beschwören?

Wenn sie nicht, wie Herr Strauß in diesen Tagen, offen zugeben, daß sie nicht die Wiederherstellung der Nationalstaatlichkeit, sondern die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa anstreben, so sprechen sie von ihrem angeblichen Recht auf die Alleinvertretung des deutschen Volkes.

Das Wort Einheit in Verbindung mit der Alleinvertretungsmäßigkeit und die gleichzeitige Ablehnung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR kann aber nur bedeuten, daß die reaktionären Kräfte Westdeutschlands sich mit der Existenz unserer sozialistischen Staaten nicht abfinden und ihre imperialistische Zwangsherrschaft, Unfreiheit und Ungerechtigkeit auf ganz Deutschland ausdehnen wollen.

Aus diesem Grunde haben sie auch Westdeutschland in die Globalstrategie der USA eingegliedert. Das ist keine Strategie des Friedens, sondern eine Strategie des Krieges, wie in Vietnam. Es ist nicht eine Strategie der Demokratie, sondern des Nationalismus, nicht eine Strategie der Freiheit, sondern der Militärdiktatur wie in Griechenland.

Wir sind überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo die von Imperialismus hervorgerufene Spaltung überwunden und die Einheit der deutschen Nation wieder hergestellt sein wird. Aber dies wird das Werk der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten und aller mit der Arbeiterklasse verbundenen Kräfte des Volkes sein. Erst wenn sie sich an die Spitze der Nation gestellt haben, wird die neue Deutschland entstehen, von dem die Teilnehmer des Wartburgfestes von 1817 träumten. Schon das

Wartburgfest von 1817 hat, wenn auch in seiner nicht wissenschaftlich begründeten, sondern von Gefühlen und vagen Hoffnungen durchdrungenen Denkweise, den sozialen Inhalt der nationalen Frage in Deutschland betont.

Gegenwärtig und für eine längere Zeitspanne kann es keine Wiedervereinigung Deutschlands geben, denn die erneute Herrschaft des Imperialismus und Militarismus über ganz Deutschland ist ausgeschlossen, das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen, und der demokratischen anti-imperialistischen Einheit muß erst in massiven Ringen der Weg gebahnt werden.

In dem Maße, wie die oppositionellen demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin dem verhängnisvollen Kurs der herrschenden Kreise entgegenwirken, werden sie auch verstehen, daß es zwischen der sozialistischen DDR und dem imperialistischen Westdeutschland keine Vereinigung geben kann. Sie erleben, daß die Herrschaft des Monopolkapitals bereits mit bürgerlichem Humanismus, Freiheit, Recht und Frieden unvereinbar ist. Das Auftreten von Gewerkschaften, Studenten und zahlreichen Intellektuellen gegen den Lügenkonzern Springens und die Forderung nach dessen Enttarnung bestätigen die Unvereinbarkeit der herrschenden Monopole mit den Interessen des Volkes. Fast recht sind Sozialismus und Imperialismus unvereinbar. Dieser historische, klassengesetzte Gegensatz, diese Wahrheit kann durch keinerlei nationalsozialistische Propaganda auf der Welt geschwächt werden.

Wir bezeichnen die Lage eines Phantasiereis und romantische Gefühlswallung, nichtern und realistisch. Der Vorsitzende der Sekretariats und Leiter Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, sagte am 13. Jahrestag der Gründung unserer Republik:

„Die Lage ist also klar. Seit der Ablehnung des Vorschlags der Sowjetunion und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages im Jahre 1949, seit der Eingliederung des westdeutschen Separatstaates in das westliche imperialistische Bündnisystem durch die Pariser Verträge gibt es nur noch einen realen Weg in Deutschland. Dieser Weg ist die gegenseitige Anerkennung beider deutscher Staaten durch Regierungsverhandlungen, die Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa durch beide deutsche Staaten, die Vereinbarung beider deutscher Staaten über den Verzicht auf Atomwaffen und die Vereinbarung beider deutscher Staaten über Abschaffung sowie die Verankerung, daß beide deutsche Staaten Gewaltverzicht leisten und bereit sind, an der Schaffung der europäischen Sicherheit teilzunehmen.“

Das ist der einzige Weg, der übriggeblieben ist. Ich habe diese Äußerung Walter Ulbrichts so ausführlich zitiert, weil sie eine reiche Einschätzung der Lage gibt und zugleich eine Politik umschließt, die hilft, den Frieden zu bewahren und das Leben des Volkes in beiden deutschen Staaten zu schützen.

In diesem Sinne hat der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, der westdeutschen Regierung seine Vorschläge zur Herstellung normaler Beziehungen unterbreitet. Doch Herr Kiesinger weigert sich, diesen einzig möglichen Schritt zu tun und weiter zeigen die „Anerkennungspartei“, das heißt jenen diejenigen in der Bundesrepublik, die von der realen Existenz der DDR ausgehen und normale Beziehungen mit ihr herstellen wollen.

Die „Anerkennungspartei“ – das ist die in allen Klassen und Schichten Westdeutschlands lebendige Partei des Friedens und der Versöhnung. Wir können nur hoffen, daß sie immer stärker wird und in der westdeutschen Politik den Sieg davon trägt.

Lesen wir uns in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einmal auf dem Umstand, daß die Intelligenz nur dann eine reale gesellschaftliche Kraft verkörpern konnte, wenn sie sich an eine andere Klasse anlehnte und mit ihr verbunden wurde.

Unter imperialistischen Verhältnissen schlugen sich die Intellektuellen häufig auf die Seite der Reaktion. In Deutschland beschränkt die Mehrheit von ihnen gerade in den Jahrzehnten vor 1945 einen verhängnisvollen Irrweg. Dieser Irrweg verfiel nicht einer gewissen Tragik, weil er von objektiven Widersprüchen zwischen der persönlichen Leistung des einzelnen und dem politischen Mißbrauch dieser Leistung gekennzeichnet war.

Die Erfahrungen und Ergebnisse des Historismus, das Erbe, das er auch auf dem Gebiet von Wissenschaft und Kultur hinterließ, stimmten viele Geisteswissenschaftler und Philosophen, die schon 1946 kamen Ausweg.

Dank der tatkräftigen, vorausschauenden Politik der gesunden Partei der Arbeiterklasse wird diese Hoffungslosigkeit schließend der Parteinahme für das Neue.

zieren zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ vom Jahre 1948.

In der DDR befinden sich Politik und Wissenschaft in Übereinstimmung. Dies erwirkt aus der Tatsache, daß die Wissenschaft nur im Sozialismus ihrer humanistischen Berufung voll gerecht werden kann. Bisher hat das Wesen der Wissenschaft darin, das menschliche Leben zu erleuchten

ruft politischen Bezug. In diesem Sinne schreiben die jungen Burschenschaftsstudenten in ihrem „Grundriss und Beschlüssen“ des Wartburgfestes jene Sätze, die auch heute noch für die Studenten unserer Republik verbindlich sind:

„Wir allem wollen wir uns als Studenten etwas wissen und bezauntem Lebens befähigen und der Wissenschaft treu und redlich dienen, aber der müßigen Gelehr-



In historischen Pafos der 950jährigen Wartburg hielt Genosse Prof. Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, die Feihrrede zum 150. Jahrestag des Wartburgfestes der deutschen Burschenschaften. Foto: Zentralbild

das sich nach 1945 im gesellschaftlichen Aufbau im Osten Deutschlands, in der heutigen DDR, verdichtete. Die Intelligenz stellte sich nunmehr an die Seite ihres natürlichen Bundesgenossen, an die Seite der Arbeiterklasse. Zum ersten Male in der Geschichte des deutschen Volkes erhielten Universitäten und andere Bildungsinstitutionen ihren gesellschaftlichen Auftrag von der Arbeiterklasse. Durch sie und mit ihr erlebte die Wissenschaft eine demokratische Erneuerung und in dem Maße, wie die DDR weiter gesellschaftlich voranschritt, verschoben sozialistische Revolution und Entwicklung der Wissenschaften ununterbrochen voneinander und bedingten sich gegenseitig.

Der progressive Entwicklungsschritt, die inhaltliche Umstellung und Bereicherung unserer wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit wird in der „Erklärung des Akademischen Senats zum 20. Jahrestag der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität in die Worte gefaßt:

In den vergangenen zwanzig Jahren entwickelte sich die Alma mater Jenaensis zur sozialistischen Volkshochschule. Alle Bereiche des akademischen Lebens haben nicht nur ein neues gesellschaftliches Ziel erhalten, sondern sie haben auch selbst eine befreiende Umgestaltung erfahren, die noch nicht ihrem Abschluß gefunden hat. Hervorragende Leistungen von internationalem Rang sind in der historisch kürzesten Zeit von zwei Jahrzehnten vollbracht worden. Die großen Traditionen unserer Universität, in der Schiller, Hegel und Fichte, Abbe und Haackel lehrten, an der Karl Marx prototypisierte, an der Theodor Neubauer und Julius Schaxel kämpften, werden bewußt aufgenommen ...“

Das Beispiel der Friedrich-Schiller-Universität ist typisch für alle unsere Hoch- und Fachschulen, für das gesamte Bildungswesen der DDR. Eine folgerichtige Politik von Partei und Regierung führte von der demokratischen Schulreform über die grundsätzliche Studienreform im Jahre 1961, die das obligatorische Studium des Marxismus-Leninismus und zentrale Studienpläne einführte, zum Programm einer sozialistischen Umgestaltung der höchsten Bildungsinstitutionen von 1966 und den „Prin-

zipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ vom Jahre 1966.

Wissenschaft und Sozialismus bilden eine untrennbare Einheit, weil im Sozialismus die Ergebnisse der Wissenschaft mehrmals gegen den Menschen, sondern ausschließlich und ganz bewußt zu seinem Nutzen angewandt werden. Diese objektive Gesetzmäßigkeit hat auch wesentlich die Entwicklung des sozialistischen Wissenschaftlers bestimmt.

Damit sind alle objektiven und subjektiven Voraussetzungen gegeben, um die wissenschaftlich-technische Revolution in unserem sozialistischen Staat zu dem Erfolg zu führen, der die arbeitende Bevölkerung und die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ermöglicht.

Es ist bemerkenswert, daß die Studenten der Burschenschaft von 1817 bei ihren Bestrebungen nicht allein standen. Die aufgewachten in engen kleinstädtischen, konservativen Verhältnissen, fanden diese im politischen Erkenntnis hingewandten Studenten ihre besten Freunde in den patriotischen Kräften des Lehrkörpers der Universitäten. Die Namen Fries und Otte mögen dies veranschaulichen.

Die Erklärung, weshalb Professoren und Studenten in diesen Jahren so eng verbunden waren, lag in der ideologisch-politischen Übereinstimmung zwischen Lehrenden und Schülern. Aus dem Wissen um die politische Verantwortung der Intelligenz und dem Glauben an eine große historische Aufgabe sowie den Haß gegen alles Überwiesene konnten sich damals neue Lebensstile des Akademikers bilden.

Der politisch aktiv tätige Professor und Student, nicht der weltfremde Wissenschaftler, der aus dem Problem des gesellschaftlichen Lebens in der Stagerstufe sah, war die Verkörperung des Gelehrtenideals jener Zeit.

Die berühmte, von Friedrich Schiller 1789 in seiner Jenaer Antrittsrede erhobene Forderung nach dem „philosophischen Kopf“ steht im einstimmigen „Protokoll“ der ersten Bildungssitzung von 1806 und den „Prin-

zipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ vom Jahre 1966.

„Wir allem wollen wir uns als Studenten etwas wissen und bezauntem Lebens befähigen und der Wissenschaft treu und redlich dienen, aber der müßigen Gelehr-

Eine neue sozialistische Studentengeneration hat sich herausgebildet, die heute das Gesicht unserer Universitäten, Hoch- und Fachschulen bestimmt.

Wir grüßen Sie selbst aus der Arbeiterklasse hervorgegangen und ihr zugehörig, rechnen sich die Studenten unserer Republik durch ihre in Wort und Tat ausgeübte Parteilichkeit für den Sozialismus, durch ihre Teilnahme an der allseitigen Stärkung unseres sozialistischen Vaterlandes aus.

Verein in der einheitlichen sozialistischen Jugendorganisation, der Freien Deutschen Jugend, helfen die Studenten unter Führung und an der Seite der Arbeiterklasse mit, das neue Deutschland zu bauen, einen Staat, der die höchsten Wunschnormen der progressiven Kräfte unseres Volkes in die Tat umsetzt. Die Kraft und der Schöpfergeist der Jugend werden freigesetzt, die Jugend selbst gestaltet ihre Gegenwart und ihre Zukunft mit. Die Kinder der Arbeiter und Bauern und der anderen werktätigen Schichten haben die hohen Schulen ererbt.

Heute entspricht die soziale Gefüge der Studentenschaft in unserem höchsten Bildungsinstitutionen im wesentlichen der Bevölkerungsstruktur unseres Staates. Seit Jahren liegt der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder im Durchschnitt bei fünfzig Prozent der Studierenden. Auch diese Tatsache ist Beispiel dafür, wie wir Menschenrecht und Freiheit verstehen. Wir meinen damit das Recht, sich seinen Fähigkeiten entsprechend bilden zu können und die Freiheit, diese Fähigkeiten im Dienste der Gesellschaft voll zu entfalten.

(Fortsetzung auf Seite 4)